



INHALT JANUAR 2010

SEITE

KEIN BAUCLADEN

Programm des Bereichs Migration & Qualifizierung für 2010

BERUFSANERKENNUNG SOLL VERBESSERT WERDEN

Ankündigung der Bundesregierung

ZAHLENWERK

Positive Entscheidungen über Asylanträge in der EU (2008)

SEITE

EIN KOMPROMISS

Bleiberecht für langjährig Geduldete verlängert

ZWISCHEN „DAUERHAFTE PERSPEKTIVE“

UND „GALGENFRIST“

Stimmen zum Beschluss der Innenministerkonferenz

SEITE

UNHCR-ECKPUNKTPAPIER

ZUM FLÜCHTLINGSSCHUTZ

Deutschland soll Vorreiterrolle im Flüchtlingsschutz übernehmen

39. RECKLINGHÄUSER

TAGUNG DISKUTIERTE

Asylbewerberzahlen im September 2009

ANERKENNUNG VON

QUALIFIKATIONEN

Studie belegt dringenden Handlungsbedarf

20 JAHRE KINDERRECHTS-KONVENTION

Bundesregierung will Vorbehalt zurücknehmen

SEITE

INTEGRATION UND SPORT

Kommentar von Ebru Shikh Ahmad, Integrationsbotschafterin des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB)

TERMINE

und Veranstaltungen

KEIN BAUCLADEN

Programm des Bereichs Migration & Qualifizierung für 2010

Was haben „Aktuelle Entwicklungen im Zuwanderungs- und Einbürgerungsrecht“ mit „Handlungsstrategien für Zivilcourage“ und das wiederum mit „Добро пожаловать?“ zu tun? Ganz einfach: Es sind Angebote aus dem Programm des Bereichs Migration & Qualifizierung beim DGB Bildungswerk für das Jahr 2010. „Добро пожаловать?“ heißt übrigens „Herzlich willkommen?“ und ist der Titel eines Seminars zum Thema russische Zuwanderer und ihre gesellschaftliche Integration. Dieselbe Frage – transkribiert: ahlán wa sahlán – mit dem entsprechenden Seminar gibt es auch bezogen auf arabische Zuwanderer – Seminarsprache ist natürlich Deutsch. Es gibt auch ganz handfeste Seminare: „Neue Kommunikations-

anforderungen im Beruf? Kein Problem! Sprachbedarfe feststellen“ oder „Erfolgreiche Kommunikation am Arbeitsplatz – Stärkung von und Motivation zu arbeitsplatzbezogener Sprachförderung“. Gleichfalls können interkulturelle Trainings gebucht werden – nicht einfach allgemein, sondern auch für bestimmte Gruppen, etwa Lehrende und Auszubildende oder Beschäftigte der Arbeitsverwaltung. Die wenigen Beispiele zeigen: Das Programm des Bereichs Migration & Qualifizierung mit zahlreichen Bildungs-, Beratungs- und Informationsangeboten ist kein Bauchladen, sondern ein differenziertes Angebot für Menschen, die sich im Einwanderungsland Deutschland auskennen möchten.

Überzeugen kann sich jede und jeder:
[www.migration-online.de/
programm_2010](http://www.migration-online.de/programm_2010)



BERUFSANERKENNUNG SOLL VERBESSERT WERDEN

Ankündigung der Bundesregierung

Zuwanderer, die einen Berufs- oder Studienabschluss im Ausland erworben haben, erhalten ab 2011 einen Rechtsanspruch auf ein Prüf- und Be-

wertungsverfahren der Qualifikation. Das hat das Bundeskabinett am 9. Dezember 2009 beschlossen. Das Thema ist eine Art Dauerbrenner in den integrationspolitischen Debatten der letzten Jahre mit einer Reihe von Ankündigungen aus der Politik. Dies nun ist eine Regelung light, weil

anders als die SPD es in der großen Koalition gefordert hatte, nicht auch ein Anspruch auf Nachqualifizierung geschaffen wird. Es bleibt darüber hinaus zunächst abzuwarten, wie die verschiedenen Anerkennungsverfahren einheitlich ausgestaltet werden. (siehe auch Seite 3)

ZAHLENWERK

Positive Entscheidungen über Asylanträge in der EU (2008), betroffene Personen

insgesamt	76.320
Deutschland	10.650
Frankreich	11.470
Niederlande	6.090
Österreich	5.575
Schweden	8.870
Vereinigtes Königreich	10.190

Daten: Eurostat Dezember 2009

Insgesamt wurden 2008 in der EU-27 281.120 Entscheidungen über Asylanträge gestellt, davon 209.230 in erster Instanz und 71.890 endgültige Be-

rufungsentscheide. Die Zahl der Personen weicht von den Entscheidungen ab, da mehrere Personen betroffen sein können. Die Anerkennungsrate lag europaweit in der ersten Instanz bei 28,3 Prozent, in der endgültigen Ins-

tanz bei 23,7 Prozent. Die Herkunftsländer mit den meisten anerkannten Asylbewerbern waren Irak, Somalia, Russland. EU-weit kamen damit statistisch 1,5 anerkannte Flüchtlinge auf 10.000 Einwohner.

EIN KOMPROMISS

Bleiberecht für langjährig Geduldete verlängert

Das Bleiberecht für langjährig geduldete Ausländer wird bis Ende 2011 verlängert. Darauf einigte man sich auf der Innenministerkonferenz (IMK) am 4. Dezember 2009 in Bremen. Wie viele von der neuen Regelung profitieren, ist noch unklar, es ist von 15.000 bis 30.000 Menschen die Rede. Jeder Fall werde individuell geprüft. Man hoffe, dass sich in zwei Jahren das „Problem“ auf eine Restgröße von zehn Prozent reduziert hat. Was nach 2011 geschieht, ist jedoch völlig unklar.

Neu ist, dass neben der Verlängerung die Möglichkeit auf eine Aufenthaltserlaubnis besteht, wenn der Geduldete eine Schul- oder Berufsausbildung durchläuft oder mindestens eine Halbtagsbeschäftigung oder die

Bemühung um eine Arbeitsstelle nachweisen kann.

Die Regelung des Bleiberechts für langjährig geduldete Ausländer betrifft jedoch nur Flüchtlinge, die sich zum 01. Juli 2007 acht Jahre in Deutschland aufgehalten haben, bei Familien mit minderjährigen Kindern sind es sechs Jahre. Der Großteil der Geduldeten profitiert deswegen nicht von der neuen Regelung. Rund 100.000 Menschen sind in Deutschland von Langzeitduldung betroffen, von denen etwa 60.000 bereits mehr als sechs Jahre in Deutschland leben. Für sie wurde keine Regelung getroffen, das Problem der Kettenduldung ist damit wieder einmal vertagt. Diese Menschen müssen weiterhin in ständiger Angst vor der Abschiebung leben.

Die SPD-geführten Bundesländer forderten vor der Konferenz eine weiter gehende Lösung, scheiterten jedoch



letztlich am Widerstand der Unions-Mehrheit. Während die Vertreter der beiden Volksparteien unisono von einem mehr oder weniger gelungenen Kompromiss sprachen, waren die Grünen und Die Linke anderer Meinung. Flüchtlingsorganisationen und Kirchen begrüßten den Beschluss, pochten jedoch darauf, weitere Schritte zu

unternehmen um eine dauerhafte Lösung zu finden. Besonders ins Kreuzfeuer geriet hierbei das Festhalten an der Stichtagregelung.

Ohne den gefundenen Kompromiss hätte den Betroffenen jedoch bei fehlendem Arbeitsnachweis der Rückfall in die Duldung gedroht.

ZWISCHEN „DAUERHAFTER PERSPEKTIVE“ UND „GALGENFRIST“

Stimmen zum Beschluss der Innenministerkonferenz

„Ich bin aber froh, dass wir es nun geschafft haben, am Ende alle zu vereinen. Wir haben jetzt erst mal eine Lösung, die tausenden hilft.“

Ulrich Maurer (SPD), Innensenator Bremen

„Sie gibt Klarheit für alle Betroffenen.“

Thomas de Maizière (CDU), Bundesinnenminister

„Die Verlängerung der Bleiberechtsregelung in letzter Minute ist ein Notnagel und keine wirkliche Lösung des Problems.“

Claudia Roth, Bündnis 90/Die Grünen, Bundesvorsitzende

„Diese Regelung ist großzügiger als die alte von 2007. Wer allerdings keine Lust auf die Arbeitssuche hatte, der kommt jetzt nicht mehr zum Zuge.“

Erhard Körting (SPD), Innensenator Berlin

„Wir sind sehr froh, dass es keine Zuwanderung in die Sozialsysteme gibt.“

Uwe Schünemann (CDU), Innenminister Niedersachsen

„Dieses Ergebnis enttäuscht alle Hoffnungen auf eine humanitäre Regelung. Mit Stimmungsmache gegen die Einwanderung in die Sozialsysteme wurde die Atmosphäre vergiftet.“

Filiz Polat (Bündnis 90/Die Grünen), Migrationspolitische Sprecherin Niedersachsen

„Es ist ein zukunftsweisender und kluger Kompromiss.“

Volker Bouffier (CDU), Innenminister Hessen

„Ein fairer Kompromiss“

Joachim Herrmann (CSU), Innenminister Bayern

„Die Regelung gibt den Betroffenen die Möglichkeit zu einer dauerhaften Perspektive.“

Maria Böhmer (CDU), Integrationsbeauftragte der Bundesregierung

„Der Kompromiss stellt lediglich eine Galgenfrist dar. Die schwarz-gelbe Koalition hätte diese wichtige Entscheidung niemals der zerstrittenen Innenministerkonferenz überlassen dürfen.“

Josef Winkler (Bündnis 90/Die Grünen), Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

„Der Beschluss der Innenministerkonferenz, die geltende Bleiberechtsregelung um weitere zwei Jahre zu verlängern, geht am Problem vorbei. Es bleiben weiterhin viele Menschen von einer Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis ausgeschlossen.“

Ulla Jelpke (Die Linke), Innenpolitische Sprecherin

„Wir freuen uns, dass die Zitterpartie für viele der Betroffenen nun ein Ende hat. Doch nach wie vor gilt: Kettenuldungen müssen vermieden werden. Wer lange hier lebt, dem müssen wir eine Perspektive auf gesellschaftliche Teilhabe geben.“

Dieter Wiefelspütz (SPD), Innenpolitischer Sprecher

„Der heutige Beschluss erlöst kurzfristig viele Betroffene aus einer oftmals quälenden Ungewissheit. Diese Entscheidung hat den Betroffenen, aber auch den politisch Verantwortlichen eine Atempause verschafft. Sie muss genutzt werden, um nun auch langfristig tragbare Lösungen zu erreichen.“

Michael Lindenbauer, UNHCR-Vertreter Deutschland

„Mit dem Beschluss der Innenministerkonferenz werden die Betroffenen zwei weitere Jahre unter die Bewäh-

rungsaufsicht der Ausländerbehörden gestellt. In einer schwierigen konjunkturellen Situation müssen sie ihre Lebensunterhaltssicherung nun selbst zu Stande bringen. So geht die Hängepartie für die Betroffenen weiter, wo ein wirklicher Schlussstrich hätte gezogen werden müssen.“

Bernd Mesovic (Pro Asyl)

„Wir begrüßen die Entscheidungen der Innenministerkonferenz zur Bleiberechtsregelung. Der konkreten Ausgestaltung dieser Regelungen kommt nun eine entscheidende Bedeutung zu. Insbesondere muss alten, kranken und traumatisierten Menschen, die nicht arbeiten können, eine Aufenthaltserlaubnis ohne Sicherung des Lebensunterhalts aus eigenen Mitteln gewährt werden.“

Georg Cremer, Caritas-Generalsekretär

„Die Verlängerung beendet vorläufig die quälende Unsicherheit vieler Betroffener, die ihren Lebensunterhalt bisher nicht überwiegend selbst bestreiten können. Der nun beschlossene Zeitaufschub eröffnet die Möglichkeit, eine wirklich humanitäre Lösung für langjährig Geduldete zu finden.“

Prälat Bernhard Fellmeier (Evangelische Kirche in Deutschland) und Prälat Karl Jüsten (Deutsche Bischofskonferenz)

UNHCR-ECKPUNKT-PAPIER ZUM FLÜCHTLINGSSCHUTZ

Deutschland soll Vorreiterrolle im Flüchtlingsschutz übernehmen

Das Hohe Kommissariat der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR) veröffentlichte Anfang Oktober 2009 mit Blick auf die neue Legislaturperiode in Deutschland ein Eckpunktpapier zum Thema Flüchtlingsschutz. Dabei zeigt das UNHCR die wichtigsten Handlungsfelder im Bereich Asyl- und Flüchtlingspolitik auf und fordert die neue Bundesregierung dazu auf, eine Vorreiterrolle im Flüchtlingsschutz zu übernehmen.

Zuerst fordert das UNHCR die Einrichtung eines festen Aufnahmekontingents für Flüchtlinge aus Drittstaaten, die anderswo keinen hinreichenden Schutz finden konnten. „Wir hoffen, Deutschland wird in Zukunft zu jenen Staaten gehören, die in Zusammenarbeit mit UNHCR regelmäßig Aufnahmekontingente für besonders hilfsbedürftige Flüchtlinge bereitstellen“, sagte Michael Lindenbauer, UNHCR-Vertreter für Deutschland und Österreich in Berlin. In der Vergangenheit habe Deutschland immer wieder spontan die Bereitschaft gezeigt, besonders gefährdete

Menschen und Bevölkerungsgruppen aufzunehmen. Waren es in den 70er- und 80er-Jahren südostasiatische Bootsflüchtlinge, wurden in den 90er-Jahren besonders Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge aus Bosnien, dem Kosovo und Albanien aufgenommen. Weiter heißt es im Eckpunktpapier: „Im Dezember letzten Jahres hat die Bundesregierung die Aufnahme von 2.500 besonders hilfsbedürftigen irakischen Flüchtlingen aus Syrien und Jordanien beschlossen und damit nicht nur unter den Mitgliedstaaten der EU eine Vorreiterrolle eingenommen, sondern auch im internationalen Vergleich einen beachtlichen Beitrag zur Linderung der Folgen der irakischen Flüchtlingskrise geleistet.“

Das Eckpunktpapier fordert jedoch auch, eine regelgerechte Anwendung des Dublin Verfahrens, die Anhebung des Schutzalters von Flüchtlingen von 16 auf 18 Jahren und endlich eine gesetzliche Regelung für die Altfallregelung geduldeter Flüchtlinge zu finden.

Das Eckpunktpapier steht im Internet unter:

www.migration-online.de/eckpunktpapier_unhcr

39. RECKLINGHÄUSER TAGUNG DISKUTIERTE

Asylbewerberzahlen im September 2009

„Nach der Europa- und Bundestagswahl – ist eine andere Migrations- und Integrationspolitik in Europa zu erwarten?“ war das Thema der inzwischen 39. Recklinghäuser Tagung der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) Anfang Dezember.

Der Koalitionsvertrag bleibe weit hinter den Erwartungen seiner Gewerkschaft zurück – so Giovanni Pollice, Leiter der Abteilung Ausländische ArbeitnehmerInnen/Migration bei der IG BCE. Überall da, wo es um eine Verbesserung der rechtlichen Situation von Einwanderern gehe, seien nur „vage Absichtserklärungen“ zu finden. Besonders bedauerte er, dass

der Optionszwang für Kinder ausländischer Eltern, die sich nach dem Staatsangehörigkeitsrecht mit der Volljährigkeit für eine Staatsbürgerschaft entscheiden müssen, nicht abgeschafft wurde.

Wie nicht anders zu erwarten, spielte – obwohl nicht unmittelbar zum Thema gehörend – das in der Schweiz per Volksabstimmung beschlossene Minarettverbot eine Rolle in der Diskussion. Bei aller Emotion – so der sozialdemokratische Europaabgeordnete Martin Schulz – sei die Debatte über den Islam in Deutschland im Vergleich etwa zu den Niederlanden „relativ zivilisiert“. Sein Schluss: Wer mit Ängsten spiele, um seine eigene politische Position zu stärken, sei „ein gefährlicher Demagoge, gegen den alle Demokraten kämpfen müssen“.

ANERKENNUNG VON QUALIFIKATIONEN

Studie belegt dringenden Handlungsbedarf

„Jeder Zuwanderer sollte einen Anspruch erhalten, dass im Ausland erworbene Qualifikationen in einem transparenten und einheitlichen Anerkennungsverfahren geprüft werden.“ Dies ist eine zentrale Schlussfolgerung eines Forschungsberichts, der unmittelbar vor dem Kabinettsbeschluss zur Anerkennung von im Ausland erworbener Qualifikationen (siehe Seite 1) vom Institut für Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg-Essen (IAQ) veröffentlicht wurde.

Grundlage der Studie ist eine Befragung von über 11.000 ALG-II-Empfängern, von denen über ein Viertel einen Migrationshintergrund hat. Von denen hat mehr als jeder Vierte in seinem Herkunftsland einen Berufs- oder Hochschulabschluss erworben, der

nicht anerkannt wird. Die Beschäftigungschance verdoppelt sich bei Anerkennung des Abschlusses – so die Studie.

Betroffenen von dem Problem der Nichtanerkennung sind vor allem Zuwanderer aus den mittel- und osteuropäischen Staaten, sowie den Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Die Vermittlungskräfte in den Jobcentern können Arbeitsuchenden mit Qualifikationen aus einem Drittstaat praktisch keine Hilfe im Anerkennungsverfahren anbieten. Deshalb plädiert die Studie dafür, ein Fallmanagement zu schaffen, das darauf spezialisiert ist.

Der Forschungsbericht „Wirkungen des SGB II auf Personen mit Migrationshintergrund“ steht unter:

www.migration-online.de/iaq_qualifikationsanerkennung

20 JAHRE KINDER-RECHTSKONVENTION

Bundesregierung will Vorbehalt zurücknehmen

Am 20. November 2009 feierte die UN-Kinderrechtskonvention ihr 20. Jubiläum. Die Präambel besagt, dass „das Kind wegen seiner mangelnden körperlichen und geistigen Reife besonderen Schutzes und besonderer Fürsorge, insbesondere eines angemessenen rechtlichen Schutzes vor und nach der Geburt, bedarf.“

Die Kinderrechtskonvention ist das UN-Abkommen mit der höchsten Zustimmungquote, lediglich zwei Staaten haben die Konvention nicht ratifiziert, einige andere nur unter Vorbehalt – wie beispielsweise Deutschland. Diese „Vorbehaltserklärung der Bundesrepublik Deutschland zur UN-Kinderrechtskonvention“, die während der Abgabe der Ratifizierungsurkunde gelesen wurde, soll nun laut Koalitionsvertrag von der schwarz-gelben Regierung zurückgenommen werden.

Dort heißt es ab Zeile 3084: „Wir setzen uns für eine Stärkung der Kinderrechte ein. Diese Rechte müssen im Bewusstsein der Erwachsenen stärker verankert werden. Wir wollen in allen

Bereichen, insbesondere bei den Schutz-, Förder- und Partizipationsrechten, kindgerechte Lebensverhältnisse schaffen. Wir wollen die Vorbehaltserklärung zur UN-Kinderrechtskonvention zurücknehmen. An der Ausgestaltung eines Individualbeschwerdeverfahrens zur UN-Kinderrechtskonvention werden wir aktiv mitwirken.“

Michael Lindenbauer, UNHCR-Vertreter für Deutschland und Österreich, begrüßt diese Entscheidung mit den Worten: „Es wäre ein wichtiges Signal, dieses Vorhaben möglichst rasch umzusetzen.“ Zusätzlich schlägt er vor, den Vorrang des Kindeswohls auch ausdrücklich im Asyl- und Aufenthaltsrecht zu verankern. Hintergrund dieser Forderung ist, dass Deutschland als einer von wenigen europäischen Staaten auch Minderjährige abschiebt.

Die Kinderrechtskonvention:

www.migration-online.de/kinderrechtskonvention

Die Vorbehaltserklärung:

www.migration-online.de/vorbehalt_kinderrechtskonvention

Der Koalitionsvertrag:

www.migration-online.de/koalitionsvertrag_2009

INTEGRATION UND SPORT

KOMMENTAR

Ebru Shikh Ahmad,
Integrationsbotschafterin des
Deutschen Olympischen
Sportbundes (DOSB)



Ich war bis zu meinem 15. Lebensjahr eine gute und begeisterte Schwimmerin. Meine Mutter hatte mich mehr oder weniger heimlich zum Training geschickt, da mein Vater es nicht erfahren sollte. Doch man konnte es natürlich nicht lange geheim halten, da ich erfolgreich war und an Wettkämpfen teilnehmen sollte.

Mein Vater war Hochschullehrer und immer für Bildung engagiert, aber er wollte nicht, wo ich unübersehbar zur Frau wurde, dass ich mit dem Badeanzug vor meinen Vereinskameraden, Trainern oder Kampfrichtern auftrete. Ich gab ihm zuliebe das Schwimmen auf. Es war mir sehr schwergefallen und hat mich auch traurig gemacht. Es vergingen anderthalb Jahre, ich war

unzufrieden, ich wollte mehr aus mich herausholen. Ich wollte etwas bewegen und nicht nur auf den monotonen Schulalltag beschränkt sein.

Ganz zufällig, beim Gespräch mit einer Freundin, erzählte sie, dass sie Karate trainiere. Das war die rettende Idee. Karate: Lange Jacke und lange Hose, der Körper war bedeckt. Ich hatte meinen Vater auch damit überzeugt, dass ich mich auch gegen Männer verteidigen könnte.

Es fing an mit Spaß und wurde ernst. Ich holte eine Vielzahl von Titeln, darunter auch dreimal den Europameistertitel.

Da Sport für mich immer ein Weg zur Integration war, habe ich mich entsprechend engagiert. Mein Mann Ismael und ich betreiben seit 12 Jahren eine Karateschule, und versuchen als Vorbilder zu wirken. Das Verhältnis Mädchen – Jungen ist fifty-fifty. Das ist eine große Chance, Mädchen mit und ohne Migrationshintergrund für Sport zu begeistern und zu motivieren.

Beim 1. Integrationsgipfel wurde ich von Dr. Thomas Bach, dem Präsidenten des Deutschen Olympischen Sportbundes, zur Integrationsbotschafterin ernannt. Das eröffnete mir natürlich weitere Möglichkeiten. Ich gehe bundesweit in Schulen und Kindergärten, gebe dort Schnupperkurse, was natürlich auch viel pädagogische Arbeit

erfordert. Ich nehme Kontakt mit den Eltern vor Ort auf, nutze Pressetermine und so weiter.

Das bringt Verantwortung mit sich. Es kommen immer wieder Mädchen mit Migrationshintergrund zu mir und sagen, dass ich mit ihren Eltern reden soll. Die Eltern müssen aufgeklärt werden, dass das Training für die Kinder viel Tore öffnet. Und den Eltern muss klargemacht werden, dass ihre Kinder in den Sportvereinen gut aufgehoben sind. Das heißt, man sollte Kontakt mit den Erziehungsberechtigten knüpfen und behutsam Vertrauen aufbauen.

Die sportliche Erziehung hat sehr viele Vorteile. Man lernt Disziplin: Wenn man ein Ziel vor Augen hat, muss man daran arbeiten. Das hilft auch in der Schule, Ausbildung, im Studium oder am Arbeitsplatz. Und im Sport sind alle gleich. Man lernt Toleranz gegenüber anderen Nationalitäten, Glaubensrichtungen, Hautfarbe. Man lernt Fairness, Niederlagen zu verarbeiten und Teamgeist, dass man nicht alleine auf dieser Welt ist und anderen auch Gutes gönnen sollte.

Wir leben auf dieser Erde und wir hatten alle den gleichen Anfang und werden das gleiche Ende haben. Wir sollten versuchen, so gut wie möglich miteinander auszukommen, zu leben und leben zu lassen, das zuerst in der Umgebung, wo wir uns befinden.

Seminar, 15.–18.03.2010
DGB Tagungszentrum Hamburg-Sasel

Ausgegrenzt? Wahrnehmung und Selbstverständnis von Muslimen im Arbeitsleben
Tagung, 19.03.2010, Düsseldorf

Neue Kommunikationsanforderungen im Beruf? Kein Problem! Sprachbedarfe feststellen
Seminar, 19.–20.03.2010
Hans-Böckler-Haus, Düsseldorf

www.migration-online.de

GEFÖRDERT DURCH



 Bundesministerium
des Innern

 Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge



Europäischer Integrationsfonds

IMPRESSUM

 **DGB**
BILDUNGSWERK BUND

HERAUSGEBER

DGB Bildungswerk
Vorsitzender: Dietmar Hexel
Geschäftsführer: Dr. Dieter Eich

VERANTWORTLICH

für den Inhalt: Leo Monz

KOORDINATION

Michaela Dälken

REDAKTION

Bernd Mansel
(Medienbüro Arbeitswelt), Berlin

LAYOUT

Gitte Becker

DTP/REINZEICHNUNG

Gerd Spliethoff

FOTOS

photocase

ERSCHEINUNGSWEISE

Monatlich

ZUSCHRIFTEN/KONTAKT

DGB Bildungswerk
Bereich Migration & Qualifizierung
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Telefon 02 11/43 01-1 99
Telefax 02 11/43 01-1 34
migration@dgb-bildungswerk.de
www.migration-online.de

TERMINE

und Veranstaltungen



Grundlagen für die Beschäftigung von ausländischen Staatsangehörigen – Einführung in das Ausländerbeschäftigungsrecht

Seminar, 22.–23.02.2010
DGB Tagungszentrum Hamburg-Sasel

Mach mit! Handlungsstrategien zur Zivilcourage

Training, 07.–12.03.2010
DGB Tagungszentrum Starnberger See

AGG & Co – Gleichbehandlungsstrategien für Betriebs- und Personalräte